

2020 M 19.4377 Unvereinbarkeitsbestimmungen am Bundesstrafgericht
(Kommission für Rechtsfragen NR)

2020 M 19.4391 Unvereinbarkeitsbestimmungen am Bundesstrafgericht
(Kommission für Rechtsfragen SR)

Eingereichter Text: *Der Bundesrat wird beauftragt, der Bundesversammlung eine Änderung der gesetzlichen Unvereinbarkeitsregelungen für nebenamtliche Richterinnen und Richter am Bundesstrafgericht zu unterbreiten, so dass diese Dritte nur vor dem Bundesstrafgericht nicht berufsmässig vertreten dürfen.*

Das Anliegen der beiden gleichlautenden Motionen wurde mit der Revision vom 17. Juni 2022 der Strafprozessordnung (SR 312.0; BBI 2022 1560) umgesetzt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motionen als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2020 P 19.4389 Anerkennung der bundesnahen Unternehmen als Gesellschaften des öffentlichen Interesses im Sinne des Revisionsaufsichtsgesetzes (Geschäftsprüfungskommission SR)

Eingereichter Text: *Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen, ob es sinnvoll wäre, Artikel 2 Buchstabe c des Revisionsaufsichtsgesetzes (RAG) so anzupassen, dass alle bundesnahen Unternehmen künftig als Gesellschaften des öffentlichen Interesses erachtet oder zumindest als solche behandelt werden.*

Postulatsbericht vom 31. August 2022 «Handlungsbedarf im Revisions- und Revisionsaufsichtsrecht».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 P 20.3185 Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung (Bulliard)

Eingereichter Text: *Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen und in einem Bericht darzustellen, wie der Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung im ZGB verankert werden kann.*

Postulatsbericht vom 19. Oktober 2022 «Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2020 P 20.3463 Redlichkeitsskultur im Schweizer Recht
(Kommission für Rechtsfragen SR)

Eingereichter Text: *Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen, wie in der Aviatik, im Gesundheitswesen oder in anderen hochsicherheitsrelevanten Bereichen das Prinzip der Redlichkeitsskultur («Just Culture», «Fehlerkultur») im Schweizer Recht als generelles Prinzip eingeführt werden kann.*